

Sächsische Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 219

Nr. 10 a

Bezugspreis monatlich 3 Mark, vierteljährlich 9 Mark, halbjährlich 17 Mark, jährlich 32 Mark. Einmalige Anzeigen nach Vereinbarung.

Halle - Saale

Mittwoch 13. Januar 1926

Geschäftsstelle Halle - Saale, Leipziger Straße 41/42 - Fernruf: Central 7901. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5608 und 5610 - Postfach-Nummer 2012.

Anzeigenpreis Die gewöhnliche Zeile kostet 10 Pfennig, kleine Anzeigen 5 Pfennig, Familien-Anzeigen 6 Pfennig, Zeitungsanzeigen 8 Pfennig. Die gewöhnliche Zeile kostet 10 Pfennig, kleine Anzeigen 5 Pfennig, Familien-Anzeigen 6 Pfennig, Zeitungsanzeigen 8 Pfennig. Die gewöhnliche Zeile kostet 10 Pfennig, kleine Anzeigen 5 Pfennig, Familien-Anzeigen 6 Pfennig, Zeitungsanzeigen 8 Pfennig.

Geschäftsstelle Berlin, Bernauer Str. 50 Fernruf: Ost Kurpark 41. 6290. Große Berliner Schriftleitung. - Verlan u. Druck von Otto Hehle, Halle - Saale

Die Große Koalition endgültig gescheitert Neue Abfrage der Sozialdemokraten

Steinwürfe gegen die Volkspartei

Berlin, 12. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Fraktionsführung der Sozialdemokratischen Partei des Reichstages war am 12. Januar abends zu Ende. Die Fraktion gab bald darauf folgende Erklärung bekannt:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in den Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition Forderungen aufgestellt, deren Durchführung durch Zunahme der Not nur noch dringender geworden ist. Sie hat durch ihren Beschluß vom 16. Dezember feststellen müssen, daß infolge mangelnden Entgegenkommens der Deutschen Volkspartei in sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen den Bemühungen des Abgeordneten Koch kein Erfolg beschieden war. Sie hat daher in Formulierungen, die ihr als Ergebnis der geführten Verhandlungen vorgeführt wurden, eine geeignete Grundlage für die Bildung der Regierung der Großen Koalition nicht erblicken können. Die sozialdemokratische Fraktion muß feststellen, daß Gründe für eine Störung ihrer Haltung nicht vorliegen. Es bestehen keine Anzeichen dafür, daß die Volkspartei ihren bisherigen Rechtskurs aufzugeben gewillt ist. Die Volkspartei hat daher auch in den bisherigen Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition einen ersten Willen zur Zusammenarbeit nicht erkennen lassen. Es war insbesondere die Volkspartei, die der sozialdemokratischen Forderung über den Achtstundentag ihre Zustimmung versagte, die sich im sozialpolitischen Ausschuss gegen die sozialdemokratischen Anträge zur Erwerbslofenfürsorge erklärte und die in der Frage der jetzt zum öffentlichen Schand gewordenen Fürstenabfindung die sozialdemokratischen

Forderungen zurückwies. Deshalb erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition keine Grundlage besteht.“

Wie wir hören, ist diese Entscheidung der Fraktion mit großer Mehrheit aufgefundenen.

Wenig nach der Klarifizierung hatten sich die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten und Demokraten zu den ersten Sitzungen im neuen Reich verammelt. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hielt nur eine kurze Sitzung ab, in der festgestellt wurde, daß die Fraktion an ihren bisherigen Entschlüssen in der Frage der Regierungsbildung festhält und keinen Anlaß zu einer neuen Stellungnahme sieht. Die Sitzung wurde auf Mittwoch nachmittags vertagt. Die demokratische Reichstagsfraktion nahm den Bericht des Fraktionsvorsitzenden Koch-Weser über seinen Besuch beim Reichspräsidenten entgegen und beschloß, sich dann mit der Frage der Fürstenabfindung, Beschloß wurden nicht gefaßt. Auch die Sitzung der Zentrumsfraktion war nur von kurzer Dauer. Man beschloß, sich mit den laufenden Anlegenheiten, u. a. mit den Anträgen zur Doppelwahlreform zu befassen.

In der Berliner Schriftleitung drückt uns über die Fraktionsstimmungen wie folgt aus:

Bereits gegen 7 Uhr hatten die Fraktionen im Reichstag ihre Beratungen abgeschlossen. Nur die Sozialdemokratische Partei brühte noch über der Formulierung, die sie ihrem Bericht anhängen wollte. Die Volkspartei wird morgen mittag wieder zusammentreten, um dann noch einmal die Rede zu beprechen. Die Demokraten hatten auf das Programm ihrer heutigen Arbeitssitzung die Fürstenabfindung gesetzt, aber sie dürften sich ebenso wie das Zentrum mit einer voranschreitenden Welterklärung der Lage befassen haben, die sich durch die parlamentarische Meinung der Sozialdemokraten ereignet. Man rechnet aber nunmehr auch in den Reihen der Deutschnationalen, daß der Reichspräsident am Donnerstag den Reichskanzler Dr. Brüning mit der Kabinettsbildung beauftragt, der zuerst verhandeln wird, eine Ministerkabinettsregierung der Mitte auf parlamentarischer Basis aufbauen zu können. Die Deutschnationalen haben sich in ihrer Fraktionsführung heute lebhaft mit laufenden Geschäften befaßt und in feiner Weise zu der Frage Stellung genommen, wie man sich nebensächlich einem solchen Kabinetts der Mitte gegenüber verhalten wird.

überhauptspolitik, eine gesunde Kreditpolitik, Berücksichtigung der Notlage der Wirtschaft bei allen sozialpolitischen Maßnahmen und Beschleunigung der Verwaltungsgebiets-, Gerichtsbezirks-, Eisenbahn- und Postreform.

Man kann es durchaus verstehen, wenn ein so wichtiger Berufswahl, wie das deutsche Parlament, sich begeben wehrt, nun gewissermaßen als der einzig Schlichter in der Ueberzeugung beizutreten, und von der Reichsregierung unter ganz besonderen Zud beizutreten die Freisinnigen nicht zu werden. Aber der Demokrat darf auch das nicht mit dem Reich ausfüllen und in der berechtigten Empörung soweit gehen, nun gewissermaßen eine Kampfschlacht gegenüber der Regierung einzunehmen. Es ist auf das höchste bedauerlich, daß der als Regierungsbereiter erscheinende Reichskanzler Dr. Brüning glaubte, durch die in der Verammlung beschlossene Stimmung gewonnen zu sein, den Saal zu verlassen. Durch gemeinsame Empfindlichkeit können wir in Deutschland nicht weiter. Die Sache verlangt es, daß alle mit gutem Willen mitarbeiten und daß dabei auch Opfer gebracht werden. Man wird dem deutschen Parlament durchaus zustimmen, wenn es als Voraussetzung für eine wirkliche Behandlung der Wirtschaftspolitik in der öffentlichen Verwaltung, Steuern, Unterfischung, Unterfischung jüdischer Steuerüberprüfungsstellen, gesunde Kredit- und Sozialpolitik und Beschleunigung der Reformen, denn diese Forderungen werden von allen Wirtschaftskreisen mit immer verstärktem Nachdruck erhoben, und wenn ihnen nicht endlich entgegengekommen wird, so wird sich auch keine Lösung unserer Wirtschaftspolitik, wo der Saal ebenfalls im Pfeffer liegt, darauf hat Dr. Brüning einen Blick werfen können, indem er als Reichskanzler bestellte, daß die Wirtschaft zwar billigeren Tarife bedürftig, daß aber die Reparationslast dieses unbedingt notwendige Entgegenkommen der Reichsregierung nicht erlaubt. Die Eisenbahnen des Deutschen Reichs seien.

Deutsche Verkehrspolitik

Offen, 11. Januar.

Im Rahmen der Verträge der Volkswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sprach heute Reichsverkehrsminister Dr. Brüning in Offen über die deutsche Verkehrspolitik, wie es war, wie es ist und wie es sein sollte. Redner betonte zu Anfang seines ausführlichen Referats, daß die Regelung des Verkehrs nicht eine Angelegenheit der Städte und Länder, sondern vor allen Dingen eine Sache des Reiches sei. Nur von einem geschlossenen, einheitlichen Verkehr, der durch die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Verkehrsmittel ohne Rücksicht auf die Grenzen der einzelnen Länder in der Lage sei, Siedlerströme zu erzeugen, sei zu erwarten, daß er im wahren Sinne des Wortes als Diener der Wirtschaft zu bezeichnen sei. Dr. Brüning ging dann weiter auf die verschiedenen Angelegenheiten des Verkehrs ein und hielt in einem reichhaltigen Zusammenarbeiten zwischen Verkehrsministerium und Reichsbahn eine unbedingte Notwendigkeit. Ein Abbau der Bahntarife hielt er für unmöglich, obwohl der Bau danach gerade in dieser Zeit sehr hart liegt. Es ist zu befürchten, daß sich die Verkehrsfrage kaum noch zu lösen sein. Nach einigen Ausführungen über Frage kommenden Brennstofffrage, gab der Redner Aufschluß über die Absichten, die das Reich für Bahnhofsanlagen, Erweiterungen und neue Streckenanlagen für die nächste Zeit habe. Es sollen unter anderem aufgebaut werden der große Rangierbahnhof Hamm, der Bahnhof Bielefeld-Bismarck sowie der Eisenbahnen Hauptbahnhof, die Bahnhöfe Oberhausen, Duisburg und das dritte Gleis der Rhein-Hellweg-Eisenbahn-Offen. Sehr begrüßt wurde vom Reich auch das Projekt der Schnellbahn, doch dabei noch sehr große finanzielle und technische Schwierigkeiten zu überwinden. Der Minister betonte dabei weiterhin einsehend die Bedeutung der Wasserwege für die Wirtschaft. Er erläuterte die großen Schäden, die durch den Verfall der Brücken mit der Unterfinanzierung der deutschen Eisenbahn entstehen, ebenso wie auch den brutalen Eingriff in die deutsche Binnenwirtschaft, wie insbesondere auch der Verkehr auf dem Rhein getroffen worden sei. Aufgabe der Regierung sei es, gerade in der Rhein-Hellweg-Eisenbahn-Offen. Nachdem sich der Redner für die abgeklärte wirtschaftlichen und technischen Entwidlung des Flugwesens und hielt auch hier eine Zentralisierung für unbedingt nötig.

Gerüchte über eine neue Beamtenbesoldungsordnung

Berlin, 12. Januar.

In Kreisen der Beamenschaft sind beunruhigende Nachrichten über die Neuordnung der Beamtenbesoldung im Umlauf, nach denen u. a. die gesamte Beamtenliste nach Berufsgruppen aufeinandergegriffen werden soll. Von ausländischer Stelle wird demgegenüber auf die Reichsregierung der Reichsfinanzminister vom 8. Dezember hingewiesen, in der dieser ausführt, daß Pläne errogen würden, die auf der Besoldungsgruppen zu vermehren. Der Reichsfinanzminister hielt eine solche Überforderung für unzulässig, da es dadurch möglich sei, die Gehaltsüberschneidung der Beamtenbediensteten nicht mehr zu beheben. Daraus ist zu entnehmen, daß die Beamtenbesoldung vor einer Neuordnung der Beamtenbesoldung nicht steht.

Donner in gefährdeter Stellung

Die Eröffnung der französischen Kammer

Paris, 12. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Seute nachmittag um drei Uhr wurde die Kammer unter großem Andrang des Publikums eröffnet.

Zunächst sprach der Alterspräsident Binard, der darauf hinwies, daß jeder Krieg verheerend werden müsse. Nur dann sei ein Krieg möglich, wenn er von einem Lande geübt würde, um sich gegen einen Angreifer zu verteidigen. Die Stunde des allgemeinen Friedens sei nahe. Auf die Finanzlage des Landes eingehend, führte er aus, daß kein Grund zu besorgtem Mißtrauen vorhanden sei. Wenn jeder nach Kräften mitarbeitete, werde es gelingen, die Finanzen in Ordnung zu bringen. Frankreich werde niemals seine Schulden verlegen um sein Schicksal, erklärte der Präsident, daß nach der Sanierung der Finanzen andere große Aufgaben zu erfüllen seien, für die Lösung der sozialen Probleme, ferner die Beschleunigung der Wirtschaft, die Neuorganisation des Unterrichtswezens und die Regelung der Wehrzeitung.

Bei der Wahl des Kammerpräsidenten wurde dann Ceriat mit 300 von 324 Stimmen zum Präsidenten der Kammer wiedergewählt. Die restlichen Stimmen, die von den Kommunisten abgegeben wurden, fielen auf deren Parteiführer Marcel Cachin. Etwa 250 Abgeordnete der Rechten erhielten sich der Abstimmung.

Wach der ersten Führungsnahme Doumer's mit der Finanzkommission der Kammer hält man seine Stellung für sehr gefährdet. Auch das „Echo de Paris“ greift die von ihm vorgeschlagenen Steuern als ungerichtet an. Man glaubt, daß es ihm nicht gelingen werde, eine republikanische Mehrheit über überhaupt eine Mehrheit in der Kammer für seine Vor schläge zu finden. Auch die von dem englischen Konsulatsratonmen Keynes in einem offenen Brief am Dienstag veröffentlichten Kritikläge schenken seine Stellung eher noch mehr erschüttert zu haben.

Die Vorarbeiten der französischen Kammer haben eine Umfänglichkeit angenommen, in der es u. a. heißt: Die Vorarbeiten der Kammer betreffen

keinen grundsätzlichen Einspruch gegen den Plan einer außerordentlichen Erhöhung der 1 Prozentigen Besteuerung aller geschäftlichen Transaktionen; sie wünschen, daß für vor Ende Januar 1926 getätigte Geschäfte der Verkäufer vom Käufer die Rückzahlung der neu einzuführenden Steuer beanspruchen kann.

Ministerrat in Paris

Berlin, 12. Januar.

Seute hat unter dem Vorsitz Doumergues ein Ministerkabinetts in dem Briand Mittelungen über die ungarische Banknotenfallfrage machte.

Handwerk gegen Reichsregierung

Berlin, 12. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

In der Volkserhebung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks wurde zum Zweck eine Entscheidung im Hinblick auf die ungarische Banknotenfallfrage, nach der der Reichsverband des deutschen Handwerks erklärt, daß er in der Frage des Preisabbaus mit der Reichsregierung einverstanden sei, solange die Reichsregierung sich an die Urenges des Möglichen gehen werde. Die von der Reichsregierung vorgeschlagene Maßnahme gegen die Inflation ist unzulässig, da sie einseitig und praktisch undurchführbar abgelehnt. An der bestehenden Leistung sei die Reichsregierung infolge ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht veranlaßt. Sie dürfe die Verantwortung hierfür nicht auf die Wirtschaft, oder gar auf einen einzigen Berufsstand abwälzen. Der Reichsverband erklärt deshalb namens des gesamten deutschen Handwerks schriftlichen Protest gegen die im Oktoberentwurf zur Förderung des Preisabbaus enthaltenen Sonderbestimmungen gegen das Handwerk. Der Versuch zu ihrer Durchführung werde lediglich die vorhandenen Schwierigkeiten verschärfen, ohne zu irgendwelchen wirtschaftlichen Ergebnissen zu führen, solange an den Grundursachen für die Preissteigerung nichts geändert werde. Als eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine wirkliche Lösung der Wirtschaftspolitik fordert das Handwerk das allgemeine Finanzwirtschaftliche des Reiches, die Währungs- und Banknoten, Steuerministerien und Unterfischung jüdischer Steuern.

Seine Hebernahme der Mittelbeurteilung...
 Die Hebernahme der Mittelbeurteilung...
 Die Hebernahme der Mittelbeurteilung...

Die freundliche Beantwortung der Einreise...
 Die freundliche Beantwortung der Einreise...
 Die freundliche Beantwortung der Einreise...

von Reifen den jungen Pflanzen...
 von Reifen den jungen Pflanzen...
 von Reifen den jungen Pflanzen...

Wertbestände Anleihen

100 % Anb. Roggenw.	6.60	6.60	100 % Anb. Roggenw.	6.60	6.60
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75

Leipzig Börse

100 % Anb. Roggenw.	6.60	6.60	100 % Anb. Roggenw.	6.60	6.60
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75

Gattung

100 % Anb. Roggenw.	6.60	6.60	100 % Anb. Roggenw.	6.60	6.60
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75

Preisverhältnisse

100 % Anb. Roggenw.	6.60	6.60	100 % Anb. Roggenw.	6.60	6.60
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75

Berliner Schluss und Marktüber...
 Berliner Schluss und Marktüber...
 Berliner Schluss und Marktüber...

Die Lieferungsbedingung wurde durch...
 Die Lieferungsbedingung wurde durch...
 Die Lieferungsbedingung wurde durch...

Berliner Metallnotierungen

100 % Anb. Roggenw.	6.60	6.60	100 % Anb. Roggenw.	6.60	6.60
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75

Berliner Börse vom 12. Januar 1926

100 % Anb. Roggenw.	6.60	6.60	100 % Anb. Roggenw.	6.60	6.60
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75

Weitere Berliner Kurse

100 % Anb. Roggenw.	6.60	6.60	100 % Anb. Roggenw.	6.60	6.60
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75
100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75	100 % B. L. El. Kohle	9.75	9.75

Beitrag zur...
 Beitrag zur...
 Beitrag zur...